



Politische Bildung in Bayern

Sachstand und Vision

Positionspapier der BayernSPD-Landtagsfraktion zur Winterklausur Irsee 2017

Inhalt

Einleitung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
I. Politische Bildung an Schulen	4
Beutelsbacher Konsens	4
Auszug aus dem aktuellen Lehrplan plus	4
Interne Projekte an bayerischen Schulen	5
Besonderheit Berufsschule	5
Außerschulische Lernorte	5
Der Blick über den Tellerrand: Besonderheit Baden-Württemberg	6
Unsere Forderungen	6
II. Politische Bildung für Erwachsene	7
Politische Bildung in Bayern als Verfassungs- und Regierungsauftrag	7
Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung	8
Zur Struktur, insbesondere zur Bedeutung von Lernorten	8
Unsere Forderungen	9

Einleitung

„Eine Demokratie braucht Demokraten“, dieses Wort von Friedrich Ebert ist und bleibt Leitsatz für die Politische Bildung. Dabei ist Politische Bildung mehr als Institutionenkunde oder Aktualitätsforum, sie vermittelt die wertbezogenen Grundlagen unserer demokratischen Ordnung.

Politische Bildung ist Demokratieerziehung. Sie zu vermitteln funktioniert nur, wenn Menschen – gleich welchen Alters – Demokratie in ihrem Umfeld erfahren, ja regelrecht erleben können. Das gilt für die Zeit der Schule, das gilt aber genauso für die Erwachsenenwelt. Wenn junge Menschen von ihren Eltern und/oder Lehrkräften für Demokratie nie begeistert wurden, wenn ihnen keine „Spielwiesen“ für demokratische Erlebnisse angeboten wurden, dann wird es umso schwerer, die Menschen dafür zu gewinnen, sich im gesellschaftlichen Leben an politischen Prozessen, z.B. Wahlen, aktiv zu beteiligen.

Was heute mehr denn je notwendig ist, sind Kampagnen für demokratisches Handeln. Populisten und Vereinfacher müssen gestellt werden, positive Vorbilder und demokratisches Handeln vorgezeigt werden. Erst wenn der gesellschaftliche Diskurs wieder in Gang kommt, es also wieder „in“ ist, politisch zu sein, wird Politische Bildung ihr Ziel erreicht haben.

Politische Bildung war für den Aufbau der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 und in ganz Deutschland nach 1989 unverzichtbar. Konnte sie damals noch unmittelbar an die Erfahrungen der Diktatur anknüpfen, so steht sie heute vor neuen Herausforderungen: Freiheit und Frieden gelten als selbstverständlich. Es schwindet das Bewusstsein, dass sie erhalten und verteidigt werden müssen.

Die Globalisierung verunsichert Menschen und verstärkt Ohnmachtsgefühle. Eine wachsende Zahl traut unserem politischen System keine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme zu. Die großen Volksparteien verlieren an Bindungskraft und politische Extremisten verzeichnen Erfolge. Umso wichtiger, aber zugleich schwieriger ist es zu vermitteln, dass Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität sich nur in demokratischen Gesellschaften unter Mittun der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen lassen.

I. Politische Bildung an Schulen

„Politische Bildung ist die im deutschsprachigen Raum gebräuchliche Bezeichnung für Lernangebote, die in pädagogischer Absicht Fähigkeiten und Wissen von Menschen im Umgang mit Politik entwickeln wollen. In jüngerer Zeit bezieht sich politische Bildung hierfür auf Erkenntnisse und Methoden der Sozialwissenschaften.“

Beutelsbacher Konsens

Drei Prinzipien der Politischen Bildung, die 1976 aufgestellt wurden:

- Überwältigungsverbot
- Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen
- Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

Auszug aus dem aktuellen Lehrplan plus

„Politische Bildung basiert auf der Kenntnis und Akzeptanz von Demokratie und freiheitlich-demokratischer Grundordnung sowie dem Wissen um den föderalen, rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Die Schülerinnen und Schüler achten und schätzen den Wert der Freiheit und der Grundrechte. Auf der Grundlage einer altersgemäßen Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilhabe am politischen Prozess tragen sie zu einer positiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft und zum Erhalt des Friedens bei. Sie nehmen aktuelle Herausforderungen an, etwa im Zusammenhang mit der Entwicklung eines europäischen Zusammengehörigkeitsgefühls oder mit zentralen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen von der kommunalen und Landesebene bis hin zu prägenden Tendenzen der Globalisierung“.

Land	Schulform	Unterrichtsfach	Jahrgangsstufe						insg.
			5.	6.	7.	8.	9.	10.	
Bayern	Mittelschule	Geschichte/ Sozialkunde/Erkunde	2	2	3	3	3	3	16
	Realschule	Sozialkunde ³	-	-	-	-	-	2	2
	Gymnasium	Sozialkunde	-	-	-	-	-	1	1

Interne Projekte an bayerischen Schulen

- Wahlkurse wie „Politik und Zeitgeschichte“
- Projekt- und Studientage zu politischen Themen
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Besonderheit Berufsschule

Das Fach Gesellschaftswissenschaften befindet sich noch in der Erprobung. Der Entwurf des Lehrplans sieht folgende Lerngebiete vor:

- Überblick über politische Denkrichtungen (5 Std.)
- Menschenrechtsverletzungen in totalitären Staaten (5 Std.)
- Zeitgeschichtliche Entwicklungen von Demokratie und Gesellschaft im Deutschland des 20. Jahrhunderts (15 Std.)
- Wandel der Gesellschaft in der globalisierten Welt (15 Std.)

Außerschulische Lernorte

- „Der Landtag sind wir“ – Planspiel des Centrums für Angewandte Politikforschung im Auftrag des Bayerischen Landtags (ca. 67 Planspiele pro Schuljahr, bayernweit)
- Pädagogische Betreuung des Bayerischen Landtags (pro Jahr ca. 200 Gruppen = 5.500 Schülerinnen und Schüler)
- Besuch von KZ-Gedenkstätten, NS-Dokumentationszentren (Besuchergruppen Dokumentation Reichsparteitagsgelände 2015/16: 872) und dem Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth
- Schülerseminare der Landeszentrale für Politische Bildung, bspw. „Lernort Staatsregierung“ (2015/16: 205 VA mit insg. 5.035 Schülerinnen und Schülern) oder Projekt „Flüchtlinge in Europa“ (bis November 2016: 1.300 Schülerinnen und Schüler)
- Publikation der Landeszentrale Politische Bildung („Grundinformation Politik“, „Mein Leben in Bayern“)

Klassenfahrten 01.01. bis 31.12.2015	GYM	RS	GS/MS	BS/FOS/BOS/WS	FÖZ/Sonstige
KZ- Gedenkstätte Dachau	15712	12985	9961	2246	291
KZ- Gedenkstätte Flossenbürg	7130	3941	2553	1528	316
Dt.-Dt.-Museum Mödlareuth	3386	1424	1179	781	32
gesamt:	26228	18350	13693	4555	639

Der Blick über den Tellerrand: Besonderheit Baden-Württemberg

Als einziges Schulfach genießt Gemeinschaftskunde in Baden-Württemberg Verfassungsrang. Dort heißt es in Artikel 21: „(1) Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen. (2) In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.“

Unsere Forderungen

- Demokratieverziehung durch Erfahrung: Beteiligung von Schülerinnen und Schülern an Entscheidungsprozessen verstärken
- Ausweitung von Mitbestimmungsmöglichkeiten im Erziehungs- und Unterrichtsgesetz
- die Verankerung der politischen Bildung in der Lehrerbildung für alle Studierenden, Lehrkräfte durch Fortbildungsangebote im Bereich der Demokratieverziehung stärken
- Weiterbildung aller Lehrkräfte mit dem Ziel, sich unabhängig von ihrem Unterrichtsfach für die politische Bildung verantwortlich zu fühlen
- Zeit für Demokratie: Freiräume an Schulen schaffen, Einbezug aktueller Ereignisse in den Schulalltag, z.B. durch eine aktuelle Viertelstunde zu Beginn eines Schultags
- Stärkung des Fachs Sozialkunde in allen Schularten
- Fächerübergreifende und jahrgangsgemischte Projekte zur Stärkung der Demokratieverziehung an allen Schularten

- Externe Akteure stärken/ finanziell besser ausstatten, Tages- und Wochenseminare mit außerschulischen Bildungsträgern fördern, verstärkte Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Jugendorganisationen im Schulumfeld
Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren

II. Politische Bildung für Erwachsene

Gerade unter dem Eindruck des Jahres 2016 – Stichworte: Rechtspopulismus, Migrationsdebatte, Radikalisierung der Politik und des gesellschaftlichen Diskurses, „Lügenpresse“-Agitation etc. – erscheint es unzweifelhaft, dass es mehr denn je einer Vermittlung der Grundlagen unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie bedarf. Dies ist insbesondere Aufgabe der Politischen Bildung.

Dafür braucht Politische Bildung geeignete Rahmenbedingungen und die Anerkennung, welche ihrer gesellschaftlichen Relevanz entspricht. Das ist derzeit nicht der Fall. Im Gegenteil: Politische Bildung wird häufig als nebensächlich erachtet, weil zur Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität andere Kompetenzen wichtiger scheinen. Dazu leidet sie unter einer schleichenden Verschlechterung der finanziellen Ausstattung.

Politische Bildung in Bayern als Verfassungs- und Regierungsauftrag

Der Auftrag zur Erwachsenenbildung ist in Art. 139 der Bayerischen Verfassung hervorgehoben, wobei dieser allgemein auf die Erwachsenenbildung und nicht im Besonderen auf die Politische Bildung abzielt. Im Regierungsprogramm der CSU für die Legislaturperiode 2013 – 2018 findet Politische Bildung keine Erwähnung. Die Förderung der Arbeit der Träger der dezidiert politischen Erwachsenenbildung erfolgt in Bayern im Wesentlichen durch einen jährlichen institutionellen Zuschuss, welcher überwiegend für die Wahrnehmung der politischen Bildungsarbeit zu verwenden ist.

	Landeszentrale f. Politische Bildung	Akademie für Politische Bildung	Zuschuss an die Stiftungen
			Hanns-Seidel-Stiftung, Georg-von-Vollmar-Akademie, Frankenakademie, Gesellschaft f. Politische Bildung, Akademie Frankenwarte, Bayer. Seminar f. Politik, Thomas-Dehler-Stiftung, Petra-Kelly-Stiftung etc.
2017	2,426 Mio Euro	3,826 Mio Euro	3,900 Mio Euro
2018	2,439 Mio Euro	3,867 Mio Euro	3,900 Mio Euro

Die Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung

Die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit weist in ihrem Jahresbericht 2015 aus, sie habe 2015 knapp 4,7 Mio. € der durch sie verwalteten Haushaltsstellen als institutionellen Förderung ausgewiesen und selbst gut 930.000 € für ihre eigene Sacharbeit verwendet. Ersteres verteilt sich auf 8 Einrichtungen, wobei der Löwenanteil von knapp 4 Mio. € der Stiftung Bayerische Gedenkstätten zufällt. Die Ausgaben für Sacharbeit verteilen sich überwiegend auf das Publikationswesen der Landeszentrale, eigene Veranstaltungen oder Fahrten zu Gedenkstätten wie etwa dem oberfränkischen Mödlareuth.

Diese Arbeit der Landeszentrale ist mit Sicherheit von hoher Bedeutung für den Unterhalt der bayerischen Gedenkstätten und leistet dadurch einen immensen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur und damit des historischen Bewusstseins der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Bayerische Landeszentrale – anders als ihre Pendanten in anderen Bundesländern – kein Antragswesen für Projektförderung durch externe Träger der politischen Erwachsenenbildung vorsieht. Dies erklärt auch die Diskrepanz zwischen der finanziellen Ausstattung der Bayerischen Landeszentrale (ca. 2,4 Mio. € im HH-Jahr 2016) etwa im Vergleich zur Landeszentrale Nordrhein-Westfalens (8,8 Mio. €).

Zur Struktur, insbesondere zur Bedeutung von Lernorten

Es hat sich bewährt, dass politische Erwachsenenbildung sowie außerschulische politische Bildungsangebote in hoher Zahl an hierfür geeigneten Lernorten durchgeführt werden, der Staat also in Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bei der Wahrnehmung seines politischen Bildungsauftrags auf ein pluralistisches Angebot freier Träger setzt. Zahlreiche Einrichtungen in Bayern sind Teil der lebendigen und pluralistischen Trägerlandschaft Bayerns in der Politischen Bildung. Dies entspricht auch dem „Geist“ des Art. 3 BayErwBiFoeG, welcher den „unmittelbaren Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden“ hervorhebt.

Wir halten das Festhalten am Konzept des „Lernorts“ (also einer festen Einrichtung zur Durchführung von Politischer Bildung) für essentiell wichtig. Immer wieder erleben die in der

Politischen Bildung Tätigen – gerade im Umgang mit Jugendlichen –, wie wichtig es ist, der Schnelllebigkeit der heutigen Zeit und dem unglaublichen „Ablenkungspotenzial“ durch bspw. neue Medien die Chance entgegenzustellen, sich in einem begrenzten Zeitraum in Ruhe und ohne Ablenkung auf ein Thema einlassen zu können. Dies bildet, gerade im Umgang mit jungen Menschen, auch einen wichtigen Gegenpol zur extrem durchstrukturierten und auf kurzfristige Leistungserfüllung ausgerichtete Schul- und Universitätslandschaft.

Diese Wichtigkeit zentraler Lernorte bedeutet nicht, dass außerhäusliche Schulungen nicht angeboten oder vernachlässigt werden dürfen. Wir halten es aber für falsch, diese gegensätzlichen Konzepte in Form von „entweder ... oder“ zu diskutieren. Die richtige Antwort für die Zukunft lautet, Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung strukturell in die Lage zu versetzen, der notwendigen Vielfalt an nachgefragten Bildungsangeboten – am Lernort, außerhäuslich und medial – gerecht werden zu können.

Unsere Forderungen

- Politische Bildung ist ein universeller Auftrag. Der Freistaat Bayern muss deshalb sicherstellen, dass politische Bildung in ausreichendem Maße in allen Bildungsgängen verankert wird (allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Aus- und Weiterbildung).
- Hochschulen müssen die politische Bildung aller Studierenden und insbesondere aller Lehramtsstudierenden fördern.
- Politische Bildung braucht eine institutionalisierte fachdidaktische Forschung an den Hochschulen. Sie benötigt ein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie.
- Die Kompetenz der Einrichtungen der Politischen Bildung muss auch für staatliche Maßnahmen zur Integration und Wertevermittlung genutzt und entsprechende Maßnahmen gefördert werden.
- Der Bayerische Landtag erweitert - in Kooperation mit den Trägern der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung - sein bestehendes Angebot „Parlament vor Ort“.
- In der Jugend- und Erwachsenenbildung muss Politische Bildung insgesamt eine wichtigere Rolle spielen. Die zivilgesellschaftlichen Träger müssen durch Projektförderung und institutionelle Förderung abgesichert werden. Dabei ist die

Auseinandersetzung mit Digitalisierung und Internetkommunikation (Fake-News) unverzichtbar.

- Die Haushaltsmittel der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildung müssen nachhaltig aufgestockt werden, mit dem Ziel und unter der Maßgabe, dass dadurch auch Projektförderung in wesentlich höherem Maße als bislang erfolgen kann.
- Die institutionelle Förderung der parteinahen Stiftungen durch den Freistaat Bayern muss einer regelmäßigen Anpassung unter Berücksichtigung des jährlichen Kostensteigerungs-Index unterliegen.
- Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung brauchen eine auskömmliche finanzielle Unterstützung über eine Neugestaltung der Finanzierungsgrundlagen. Dazu muss das Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes neu gefasst werden und ein Weiterbildungsgesetz für Bayern eingeführt werden.
- Die Rolle der Lehrenden in der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung muss gestärkt werden. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb eigene oder bestehende Möglichkeiten der Qualifizierung und Zertifizierung von freiberuflichem und hauptamtlichem Personal in der Politischen Bildung.